

/// Alte Trends und neue Prioritäten

DEUTSCHE AUßENPOLITIK NACH CORONA

THOMAS ERNDL / HANNES PICHLER /// Im Februar 2014 forderten Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass Deutschland weltweit mehr Verantwortung übernehmen müsse. Diese Einigkeit galt fortan als „Münchner Konsens“ für ein stärkeres Engagement der deutschen Außenpolitik. Seit der Corona-Krise ist die Weltlage deutlich unübersichtlicher geworden. Jetzt stellen die Folgen der Corona-Krise die internationale Politik vor zusätzliche Herausforderungen. Deshalb gilt noch mehr als zuvor: Wir müssen unsere Interessen klarer definieren, Prioritäten setzen und entschiedener handeln.

Wohin driftet die Welt?

Die Corona-Krise hat die Welt fest im Griff. Ganze Volkswirtschaften wurden zurückgefahren, der internationale Handel ist eingebrochen, die Prioritäten der Politik haben sich innerhalb weniger Tage radikal verändert. Doch während diese Gesundheitskrise in absehbarer Zeit bewältigt sein dürfte, werden die Folgen nachwirken. Schon jetzt zeigt sich, dass die Corona-Krise neue Dynamiken entfaltet und zu veränderten

Grundsatzdebatten in der europäischen sowie internationalen Politik führen wird. Darunter: Wie ist es wirklich um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union (EU) und um die europäische Solidarität bestellt? Welche Abhängigkeiten von internationalen Märkten und fernöstlichen Produktionsstandorten können wir uns erlauben? Wie steht es wirklich um unsere Sicherheit – und was definieren wir eigentlich als „Sicherheit“?



Quelle: NICOLAS ASFOUR/Contributor/Getty Images

Die Rivalität zwischen den USA und China dürfte sich durch Corona weiter verschärfen und die internationale Politik maßgeblich prägen.

Die Antworten auf diese Fragen werden wichtig dafür sein, wie sich die internationale Politik in den nächsten Jahren gestalten und wie sich Deutschland darin positionieren wird. Doch eines ist auch klar: Corona wird die Gesetze der Politik nicht grundsätzlich verändern. Die großen Trends der letzten Jahre werden sich auch nach Corona fortsetzen. Die großen Konflikte unserer Zeit sind nicht plötzlich entschärft, sondern zur Zeit aus dem Fokus geraten. Daher wird die bestehende internationale Ordnung auch weiterhin unter Druck sein. Realistisch betrachtet dürfte die Corona-Krise jetzt dazu führen, dass bereits zuvor bestehende Konfliktlinien noch deutlicher hervor-

Die CORONA-KRISE wird die Grundsatzdebatten in der internationalen Politik verändern.

treten und die großen Trends beschleunigt werden. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland diese Trends klar erkennt und Strategien entwickelt, um darauf zu reagieren. Was sind die Trends, die aus deutscher bzw. europäischer Perspektive besonders besorgniserregend sind?

Der „Westen“ verliert an internationaler Bedeutung und innerem Zusammenhalt

Diese Entwicklung wurde auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) 2020 unter dem Kunstbegriff „Westlessness“ diskutiert.¹ Tatsächlich lässt sich in den vergangenen Jahren ein schwindender Einfluss des westlichen Handelns auf globale Entwicklungen feststellen. In kaum einer Konfliktregion können sich Europäer untereinander oder im Verbund mit den USA auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Das hat enorme Konsequenzen für die Stabilität in unseren Nachbarregionen. Libyen und Syrien sind hierfür beste Beispiele. Entweder haben europäische Staaten unterschiedliche Interessen verfolgt (Libyen) oder ein Konfliktgeschehen viel zu lange ausgeblendet (Syrien).

Zugleich diskutieren die USA unter Präsident Donald Trump, aber auch schon zu Zeiten von Barack Obama eher über den (militärischen) Rückzug als über ein verstärktes internationales Engagement – die USA können oder wollen nicht mehr „Weltpolizei“ sein. Das verändert das internationale Spielfeld. Das fehlende Durchsetzen von „roten Linien“ bei den Giftgasangriffen in Syrien etwa hat Baschar al Assad zur Fortführung seiner Kriegstaktik ermutigt – und dazu beigetragen, dass sich Russland massiv in Syrien engagiert. Seitdem hat Moskau im Nahen Osten an Gestaltungsmacht deutlich hinzugewonnen. In Afghanistan sehen wir nur am Rande dabei zu, wie die USA mit den Taliban ein Abkommen schließen, welches die NATO und damit auch die Bundeswehr vor weitestgehend vollendete Tatsachen stellt. Sollte die Vereinbarung umgesetzt werden, müssen auch wir im Verbund mit NATO und den USA bis 2021 aus

Afghanistan abziehen. Auf die weitere Entwicklung in der Region werden wir dann deutlich weniger Einfluss haben.

Gleichzeitig nehmen die Spannungen innerhalb der Bündnisse und Organisationen zu, die maßgeblich vom Westen getragen werden bzw. Ausdruck westlicher Werte sind. Dass die NATO der Grundpfeiler der westlichen Sicherheitsarchitektur ist, stellt zwar keiner der Mitgliedsstaaten ernsthaft in Frage. Konstruktive Diskussionen um Erneuerung und Entwicklung wurden zuletzt aber häufig von den Forderungen nach dem Zwei-Prozent-Ziel überschattet. Die EU hingegen durchlebt derzeit einen besonderen Stresstest. Zu Jahresbeginn hat mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedsstaat die EU verlassen. Populisten schüren in vielen Mitgliedsstaaten anti-europäische und nationalistische Stimmung. Die Corona-Krise und ihre wirtschaftlichen Folgen drohen die EU weiter zu spalten.

Die Spannungen innerhalb der Bündnisse, die **WESTLICHE Werte vertreten, nehmen zu.**

Die internationale Politik steuert einer Großmacht Konkurrenz entgegen

Die neue Strategie des US-Verteidigungsministeriums zeigte erstmals deutlich auf, dass die USA ihre Ressourcen künftig eher der wiederkehrenden Auseinandersetzung zwischen Großmächten widmen wird als etwa dem Kampf gegen den

Terrorismus oder Regionalkonflikten.² Im Fokus dabei: China und Russland, die auf verschiedenen Ebenen versuchen, die bestehende internationale Ordnung zu unterwandern und ihren Einfluss zu maximieren. Russland und China verfolgen dabei bei ähnlicher Zielsetzung andere Strategien: Während Moskau versucht, mit vergleichsweise geringen Mitteln und überschaubarem Aufwand größtmöglichen Schaden anzurichten, agiert Peking mit der größtmöglichen Demonstration wirtschaftlicher und militärischer Stärke.

Diese Tendenzen und das entstehende Konfliktpotenzial zeigen sich schon seit einigen Jahren. Ausdruck dafür sind beispielsweise der Handelskrieg zwischen den USA und China, die aggressive Strategie Chinas im südchinesischen Meer oder das Vordrängen Chinas in Afrika und dem euro-asiatischen Raum durch die sogenannte „Seidenstraßen-Initiative“. Russlands Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim hingegen bleibt aus europäischer Perspektive das einprägsamste Vorgehen Moskaus gegen die klassische Ordnung. Die Kampagne zur Einflussnahme auf die US-Wahlen 2016, die Unterstützung Assads in Syrien oder der Bruch des INF-Vertrages durch die geheime Entwicklung neuer Mittelstreckenraketen weisen beispielhaft in diese Richtung.

Die große Frage ist, wie sich dieses strategische Gerangel zwischen den USA, China und Russland auf Europa auswirken wird. Schon jetzt sehen wir, dass Europa zum Spielfeld der unterschiedlichen Interessen zu werden droht, während wir oft zu wenig Kraft aufwenden (können), um unsere eigene Position mit Stärke zu demonstrieren. Das liegt auch daran, dass wir innerhalb der EU bisher keine einheitliche außenpolitische

Positionierung gegenüber China und Russland haben. Das versuchen Peking und Moskau geschickt zu ihren Gunsten auszunutzen, wie zuletzt in der Corona-Krise. Während sich die EU in der Krise noch sortierte, schickten Russland und China einige Hilfsgüter, begleitet von einer großen propagandistischen Inszenierung. Die innereuropäischen Hilfen überwogen faktisch natürlich sehr deutlich. Gleichwohl war der Schaden angeordnet und vielerorts Zweifel gegenüber der EU genährt worden, während sich Moskau und Peking erneut als scheinbare Alternativen zur EU anboten und der bisherige Partner USA allzu sehr mit sich selbst beschäftigt war.



Europa mangelt es an außenpolitischer **GESTALTUNGSKRAFT**.

Irreguläre Phänomene wie Terrorismus und Migration nehmen kontinuierlich zu

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 prägte der US-Historiker Francis Fukuyama das bekannte Diktum vom „Ende der Geschichte“³. Keine zehn Jahre nach dieser Einschätzung musste dieses besagte Ende am 11. September 2001 erst einmal vertagt werden. Die strategische Atempause nach dem Kalten Krieg war vorüber. Fortan stand der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus im Fokus der internationalen Politik. Und er tut es noch immer. Denn die radikale Ideologie terroristischer Gruppierungen besteht weiter

fort, auch wenn sich die Schauplätze der Auseinandersetzung und die Methoden des Terrorismus kontinuierlich ändern.

Noch vor zwanzig Jahren wurde der internationale Terrorismus einzig mit der Organisation Al-Kaida assoziiert, ein Terrornetzwerk mit dem Rückzugsort Afghanistan. Heute denken wir vor allem an den „Islamischen Staat“ (IS), der sich zwischen 2014 und 2017 in Syrien und Irak ausbreitete, eine große Fluchtbewegung nach Europa auslöste und Anschläge im Herzen Europas durchführte. Das territoriale „Kalifat“ des IS wurde in einem internationalen Kraftakt zerschlagen, bei dem auch die Bundeswehr mitwirkte. Allerdings hat die Organisation im Untergrund inzwischen neue Strukturen aufgebaut, die sie weiter handlungsfähig macht. Der IS agiert heute in Terrorzellen, die jeweils lokal Anschläge durchführen, Gelder erpressen, Waffen, Ressourcen und Personen schmuggeln – und darauf warten, bis die Zeichen für eine Rückkehr auf die große Bühne geeignet sind.

Hinzu kommt, dass die Organisation globale Ableger hat, die nach Afrika und in den asiatischen Raum reichen. Personal, Gelder und Waffen werden nachweislich zwischen den unterschiedlichen Regionalablegern bewegt. Die Entwicklungen in Afrika sind dabei in der öffentlichen Wahrnehmung oft weniger präsent. Allerdings wüten in der Sahel-Region, darunter besonders in Mali und Niger, eine Vielzahl mal konkurrierender und mal kooperierender Terrorgruppen, einige davon werden entweder mit Al-Kaida oder dem IS in Verbindung gebracht. Sie zerstören das Wenige an staatlicher Infrastruktur und treiben Millionen Menschen in die Flucht, viele mit dem für sie räumlich nahen Ziel Europa.

Terrorismus, Flucht und Migration werden die internationale Politik weiter stark beschäftigen. Denn der Nährboden, der diese Phänomene begünstigt, besteht weiter fort. Dazu zählen insbesondere eine schwache Staatlichkeit in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas, fehlende physische Sicherheit, fehlende Versorgungssicherheit, hohe Arbeitslosigkeit, ineffiziente Verwaltungsstrukturen, fehlende Bildung und damit zusammenhängend mangelnde Zukunftsperspektiven. Es wird davon ausgegangen, dass Corona diese Regionen stark treffen dürfte, da die Gesundheitsversorgung kaum bis gar nicht gewährleistet werden kann. Damit werden diese Staaten weiter geschwächt, die Instabilität nimmt zu und der Migrationsdruck auf Europa steigt.

Durch die Corona-Krise werden die Länder im Nahen Osten und in Afrika auch **POLITISCH** weiter geschwächt.

Prioritäten definieren und Strategien entwickeln

Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, die Probleme unserer Zeit zu erkennen und diese allein zu beschreiben. In Sachen Analyse hat Deutschland wenig Aufholbedarf. Auch im Handeln ist Deutschland besser geworden in den vergangenen Jahren. Aber wenn wir den aufgezeigten Trends etwas entgegensetzen wollen, wenn wir die globalen Entwicklungen mitgestalten wollen, die uns maßgeblich beeinflussen, dann müssen

wir noch entschiedener handeln – und das gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und im transatlantischen Bündnis. Aus diesem Grund sind jetzt die folgenden Schritte anzugehen:

Fokus Europa: Zusammenhalt nach innen und Handlungsfähigkeit nach außen stärken

Die EU ist der zentrale Handlungs- und Bezugsrahmen der deutschen Politik. Unsere Sicherheit, unser Wohlstand und unsere Freiheiten hängen direkt mit einer funktionierenden, starken EU zusammen. Deshalb müssen wir alles daran setzen, die EU weiter zu stärken und den Negativentwicklungen entschieden entgegenzuwirken. Europa muss nach innen geeinter sein und nach außen geschlossener auftreten, um gegenüber den oben aufgezeigten Trends bestehen zu können. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach zu Amtsantritt davon, dass es unter ihr eine „geopolitische Kommission“ geben würde.⁴ Der EU-Außenbeauftragte Borrell erklärte, dass die EU die „Sprache der Macht“ lernen müsse.⁵ Das sind richtige Ansätze.

Die EU hat schon 2016 eine Globalstrategie vorgelegt, die auf eine außen- und sicherheitspolitische Neuausrichtung hinweist.⁶ Bisher ist es an der Umsetzung dieser oft gescheitert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Mitgliedsstaaten sich untereinander nur schwer auf gemeinsame außenpolitische Linien einigen können. Deshalb sollte man jetzt überlegen, wie die EU handlungsfähiger wird. Bisher müssen außenpolitische Beschlüsse im EU-Ministerrat immer einstimmig gefällt werden. Stimmt ein Land (und damit beispielsweise auch nur eine Partei einer Koalitionsregierung in einem Mitgliedsstaat) einer Entscheidung nicht zu, kann die

EU keine Position nach außen vertreten. Das schwächt uns. Deshalb müssen wir darauf hinwirken, dass in außenpolitischen Belangen eine Mehrheitsentscheidung getroffen wird. Damit würde die EU global deutlich an Gewicht gewinnen, das etwa gegenüber China wichtig wäre. Solange das nicht der Fall ist, müssen wir entschiedener in einer „Koalition der Willigen“ agieren.

Die EU sollte befugt sein, in außenpolitischen Entscheidungen MEHRHEITLICH statt einstimmig entscheiden zu können.

Die Kritik an der EU ist immer wieder groß. So auch zu Beginn der Corona-Krise, als die Menschen nach Brüssel schauten und eine Krisenreaktion erwarteten. Brüssel reagierte langsam. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen nur gemeinsam in der EU möglich sein wird. Das wird ein Kraftakt, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen müssen und beteiligen werden. Europäische Solidarität ist das Gebot der Stunde. Die EU kann es sich nicht erlauben, in der Krise einzelne Länder wirtschaftlich oder „emotional“ zu verlieren. Das bedeutet aber nicht, dass vorschnelle Beschlüsse als Reaktion auf emotionale Debatten gefällt werden können. Die EU wird gestärkt aus der Krise hervorgehen und sich durch neue Krisenlektionen weiter verbessern. Dazu wird si-

cher auch gehören, dass kritische Produkte (wie Medikamente, medizinische Geräte, Schutzkleidung) wieder vermehrt in Europa produziert und aufbewahrt werden müssen, um im Krisenfall entschiedener agieren zu können. Wir müssen Europa als „Kontinent der Ressourcen“ neu entdecken. Und wir müssen einen europäischen Pandemieplan für den nächsten Ernstfall erarbeiten sowie unsere wissenschaftliche Zusammenarbeit zur Forschung weiter vertiefen. Was jetzt nicht passieren darf, ist, dass Länder unter dem Deckmantel der Krise ihren Rechtsstaat zurückbauen und demokratische Prinzipien aufs Spiel setzen. Die EU ist eine Union der Werte – und die müssen wir nachhaltig hochhalten, einfordern und verteidigen.

Es darf innerhalb der EU nicht passieren, dass einige Länder ihren RECHTSSTAAT unter dem Deckmantel der Krise zurückbauen.

**Fokus Transatlantisches Bündnis:
Europäischen Pfeiler stärken,
Zusammenarbeit erneuern**

Das transatlantische Verhältnis ist derzeit von großen politischen Spannungen geprägt. Das liegt zum einen an den globalen Herausforderungen, die die internationale Politik derzeit bewältigen muss. Zum anderen aber auch an dem unkonventionellen, zum Teil disruptiven Politikstil des aktuellen US-Präsidenten. Trotz aller kontroversen

Diskussionen und Irritationen gilt jedoch: Die engen Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika sind strategisch. Sie müssen und werden politische Kontroversen aushalten. Denn wir sind verbunden durch gemeinsame Werte, dem Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ganz entscheidend: durch eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur. Die NATO ist der zentrale Grundpfeiler unserer Sicherheitspolitik, auch im 21. Jahrhundert.

Heute erleben wir ein sicherheitspolitisches Umfeld, dem sich auch die NATO anpassen muss. Dazu gehört auch, dass der europäische Pfeiler der NATO stärker wird. Große Herausforderungen stehen uns bevor, die vermehrt unser eigenes Engagement erfordern. Die alleinige Sicherheitsgarantie der USA – wie im Kalten Krieg – kann heute nicht mehr gelten. Das ist auch deshalb so, weil sich der Fokus der USA entlang der oben aufgezeigten Großmacht Konkurrenz verschiebt. Russland liegt demnach mehr im europäischen Handlungsbereich, während sich die USA vermehrt China widmen, das sie als wirtschaftlich und sicherheitspolitisch größten Konkurrenten empfinden. Unser Ziel muss es sein, die regelbasierte Ordnung aufrechtzuerhalten. Das können wir nur gemeinsam im transatlantischen Bündnis erreichen. Deshalb müssen wir jetzt beweisen, dass die NATO eben nicht „brain dead“ (Hirntod) ist, wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron es formuliert hat,⁷ sondern anpassungsfähig und kämpferisch – und Europa darin seine veränderte Rolle wahrnimmt.

Deutschland sollte dabei einen noch entschiedeneren Beitrag leisten. Das „Weißbuch der Bundesregierung zur Si-

Der europäische Pfeiler in der NATO muss gestärkt werden.

cherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ hat 2016 die veränderte Stoßrichtung für die deutsche Sicherheitspolitik klar vorgegeben.⁸ Neben den Auslandseinsätzen macht auch die Landes- und Bündnisverteidigung wieder eine Priorität unserer Streitkräfte aus. Diesbezüglich stehen wir besser da, als das oftmals suggeriert wird. Wir haben unseren Verteidigungsetat zuletzt stetig erhöht und unser Engagement, beispielsweise im Baltikum, hochgefahren. Klar ist aber auch: Die gestiegenen Verteidigungsausgaben müssen bald substanziell bei der Truppe ankommen, sichtbar sein in Qualität und Umfang der Ausstattung und unsere Einsatzfähigkeit erhöhen.

Fokus Nachbarschaft: Terrorismus bekämpfen, Instabilität und Migration entgegenwirken

Der Nahe Osten und Nordafrika zählen zur unmittelbaren Nachbarschaft Europas. Entwicklungen, die in den Ländern dieser Regionen geschehen, haben direkte Auswirkungen auf Deutschland und Europa. Das zeigte nicht zuletzt die Ausbreitung des IS 2014/2015 im Irak, der syrische Bürgerkrieg oder der Krieg in Libyen. Massive Fluchtbewegungen aus diesen Ländern haben die europäische Politik vor große humanitäre, finanzielle und ethische Herausforderungen gestellt und die Gesellschaften Europas in Fragen von Migration und Asyl

enorm gespalten. Von vielen Seiten wird heute beschworen, dass sich 2015 nicht wiederholen dürfe. Das ist richtig. Daraus folgt aber auch, dass wir uns nachhaltig dafür einsetzen müssen, dass in diesen Weltregionen Kriege und Konflikte beendet und Stabilität hergestellt werden.

Deutschland ist in den betroffenen Regionen bereits aktiver geworden. Als die Kurden im Nordirak 2014 dem Ansturm des Islamischen Staates ausgeliefert schienen, lieferte die Bundeswehr wertvolle Militärhilfe. Das Engagement im Irak wurde daraufhin zu einer Trainingsmission in Erbil (Autonome Region Kurdistan Irak) und Taji (bei Bagdad) ausgebaut. Als Teil der über 80 Staaten umfassenden Anti-IS-Koalition stellte die Luftwaffe Geräte zur Luftüberwachung und Luftbetankung bereit. Damit haben wir dazu beigetragen, das territoriale „Kalifat“ des IS zu schwächen. Wie bereits aufgezeigt, ist die Organisation dadurch nicht vollständig zerschlagen. Deshalb müssen wir uns weiter engagieren und vor allem Staaten wie den Irak unterstützen, damit dort langfristige Stabilität möglich ist. Zugleich müssen wir den Blick verstärkt auf die Region lenken, in der Terror, Flucht und Vertreibung derzeit massiv zunehmen: den Sahel. Deutschland unterstützt dort bereits mit rund 1.000 Bundeswehrsoldaten die UN-Mission MINUSMA. Im Mai 2020 wurde zudem der deutsche Beitrag zur europäischen Trainingsmission EUTM geografisch ausgeweitet und auf 450 Soldaten erhöht. Ende März beschlossen mehrere europäische Staaten, den Anti-Terrorkampf in Mali zusätzlich mit einer Spezialeinheit („Takuba“) zu unterstützen. Diese wird ab Sommer 2020 von Frankreich militärisch angeführt; Deutsch-

land unterstützt die Einheit politisch. Künftig wird es aber notwendig sein, dass auch wir uns robuster in dieser Weltregion für unsere Sicherheit engagieren und unsere europäischen Partner militärisch unterstützen.

Deutschland sollte sich in Zukunft stärker in der SAHELZONE militärisch engagieren.

Deutschland muss zukünftig auch auf diplomatischer Ebene eine größere Rolle spielen und eigene Vorschläge vorbringen bezüglich Nahost und Afrika. Zuletzt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Initiative ergriffen und einen wichtigen Prozess zur Stabilisierung Libyens eingeleitet. Berlin gilt weltweit als ehrlicher Makler und kann glaubhaft zwischen Kriegsparteien vermitteln oder stabilisierend eingreifen. Dieses Mittel müssen wir öfters und entschiedener einsetzen und dabei bereit sein, mehr zu wagen und zu gestalten. Dazu sollten wir eine ernsthafte Diskussion über unser außenpolitisches Engagement führen – und Vorschläge nicht von vorneherein zerreden. Als Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Oktober 2019 die Einrichtung einer Schutzzone in Nordsyrien vorgeschlagen hatte, war die Resonanz innerhalb Deutschlands niederschmetternd. Der Vorschlag hatte keine Chance, die politische Diskussion zu überleben. Es muss künftig möglich sein, eine kontroverse, sachli-

che außenpolitische Debatte zu führen, ohne dass Initiativen von vorneherein verurteilt werden. Heute wären wir vermutlich froh darüber, wenn es in Nordsyrien eine Schutzzone gäbe und damit auch einen innersyrischen Fluchtpunkt für die Millionen Flüchtlinge in der umkämpften Provinz Idlib.

Fokus nach innen: Außenpolitik in die Mitte der Gesellschaft und ins Parlament holen

Deutschland steht oft in der Kritik, sich zu wenig international zu engagieren. Der Vorwurf kommt regelmäßig von Verbündeten, Partnern und Experten. Es ist richtig: Wir müssen mehr tun! Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Das außenpolitische Engagement eines Landes hängt nicht nur von seiner Wirtschaftsleistung, der Stärke seiner Streitkräfte und seinem politischen Gewicht ab. Außenpolitik ist immer auch ein Spiegel der außenpolitischen Kultur und Tradition eines Landes. Und die ist beispielsweise in Frankreich, Großbritannien und den USA eine deutlich andere als hierzulande. Das darf keine Ausrede sein, wenn es jetzt darum geht, tatsächlich mehr Verantwortung zu übernehmen. Das hilft aber dabei zu verstehen, dass „mehr Engagement“ nur in Form eines Prozesses möglich ist – eines politischen und gesellschaftlichen Prozesses, der Zeit benötigt. In der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es kein Schalturngelen nach Bundestagsreden.

In Deutschland selbst misst der Großteil der Bürger der eigenen Außenpolitik wenig Bedeutung zu. Das stellt die Politik vor eine große Herausforderung. Denn einerseits lassen sich Wahlen heute kaum mit außenpolitischen Themen gewinnen. Genauso wenig erhalten Politiker großen Zuspruch dafür,

dass sie die Bundeswehr in Auslandseinsätze schicken. Damit sinkt die Bereitschaft im parlamentarischen Raum, sich für eine aktive deutsche Außenpolitik zu engagieren. Dabei hängen viele innenpolitische, finanzpolitische, wirtschaftspolitische, gesundheitspolitische Themen direkt mit internationalen Entwicklungen, globalen Trends und Deutschlands Rolle darin zusammen. Die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik ist heute nicht mehr möglich. Die Flüchtlingskrise von 2015 oder die aktuelle Corona-Krise zeigen dies deutlich. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die deutsche Stimme gehört wird und wir noch deutlicher unsere Interessen verfolgen.

Die Außenpolitik braucht in Deutschland einen POSITIVEN Bedeutungswandel.

Wir müssen Außenpolitik in die Mitte der Gesellschaft holen. Mehr Verantwortung in der Außenpolitik lässt sich in letzter Konsequenz nur übernehmen, wenn sich die Bevölkerung dazu bekennt und das Engagement mitträgt. Das unterstreicht die Bedeutung, über Außenpolitik anders zu sprechen. Und zwar in einer Sprache, die weithin verstanden wird und deutlich macht, warum wir mehr und nicht weniger davon brauchen. Die „Allianz der Multilateralisten“ beispielsweise klingt zwar wunderbar in den Ohren von Politikern, Diplomaten

und Fachexperten. Sie bedeutet jedoch wenig für den gemeinen Bürger, der aber ganz entscheidend davon profitiert, wenn beispielsweise Handelswege frei sind und eine Gemeinschaft von Staaten dafür eintritt, dass das auch so bleibt. Vor wenigen Monaten wurde eingeführt, dass Gelöbnisse der Bundeswehr wieder öffentlich stattfinden und Bundeswehrsoldaten in Uniform kostenlos mit der Bahn fahren dürfen. Das sind wichtige Schritte, um die Sichtbarkeit unserer Soldaten und im weiteren Sinne auch die Sichtbarkeit unserer Sicherheitspolitik zu erhöhen. Jetzt kommt es aber auch darauf an, außenpolitische Diskussionen breiter zu führen und Entscheidungen darüber vermehrt ins Parlament zu verlagern.

Schlussbetrachtungen

Die Welt ist aus den Fugen geraten und Corona dürfte die großen Trends unserer Zeit weiter verstärken. Für die deutsche Außenpolitik ist es jetzt wichtig, diese langfristigen Entwicklungen zu erkennen, zu benennen und ihnen entschieden entgegenzuwirken. In einer Zeit, in der das internationale System stark unter Druck steht und die USA ihren Fokus auf China legen, ist es umso wichtiger, dass Deutschland und Europa global entschlossener auftreten. Dazu gehört, dass wir den europäischen Pfeiler in der NATO stärken müssen. Und auch die EU muss außenpolitisch geeinter und mit stärkerem Gewicht auftreten. Sonst droht uns eine geringere Einflussnahme auf die globalen Entwicklungen, die unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Freiheiten maßgeblich beeinflussen und teilweise bedrohen.

Es ist richtig: Die EU steht durch die Corona-Krise vor der größten Bewäh-

rungsprobe ihrer Geschichte. Die Krise und ihre Folgen können wir aber nur gemeinsam bewältigen – durch europäische Solidarität und substanzielle gegenseitige Hilfen. Wir dürfen diese Krise nicht den Populisten überlassen, die vorgeben, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu haben. Und wir dürfen nicht den Fehler machen, durch kurzfristiges Krisenmanagement die langfristigen strategischen Ziele und Partnerschaften aus den Augen zu verlieren. Deshalb ist es wichtig, dass die finanziellen Folgen der Krise nicht dazu führen, dass wir unsere Armeen kaputtsparen und die internationale Kooperationen zurückfahren. Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen. Die anstehende EU-Ratspräsidentschaft gibt uns die Möglichkeit, jetzt die richtigen Akzente zu setzen. ///



/// THOMAS ERNDL, MDB

ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages (CSU) in Berlin sowie amtierender Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP). Er ist zudem stellvertretender Präsident des Reservistenverbandes (VdRBw e. V.).



/// HANNES PICHLER

ist außenpolitischer Referent von MdB Thomas Erndl. Zuvor arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung im Nahen Osten sowie am Institute for National Security Studies (INSS) in Tel Aviv/Israel.

Anmerkungen

- ¹ Ischinger, Wolfgang (Hrsg): „Munich Security Report 2020: Westlessness“, München 2020, hier S. 6.
- ² Mattis, Jim: National Defense Strategy. Sharpening the American Military's Competitive Edge, Washington 2018, <https://dod.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/2018-National-Defense-Strategy-Summary.pdf>, Stand: 7.4.2020.
- ³ Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, New York 1992.
- ⁴ Zit. nach www.ec.europa.eu/germany/news/20190910-team-struktur-von-der-leyen-kommission_de, Stand: 7.4.2020.
- ⁵ Zit. nach <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-neuer-eu-chefdiplomats-borrell-wirbt-fuer-sprache>

der-macht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191208-99-58258, Stand: 7.4.2020.

- ⁶ „Shared Vision, Common Action: A stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy“, http://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf, Stand: 7.4.2020.
- ⁷ Zit. nach: www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead, Stand: 7.4.2020.
- ⁸ Zum Nachlesen online unter: www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/736102/64781348c12e4a80948ab1bdf25cf057/weissbuch-zur-sicherheitspolitik-2016-download-bmvg-data.pdf?download=1, Stand: 7.4.2020.